

# Eine Welt in Unordnung

## Der Rückzug der USA und die globale Multikrise

Von **Wolfgang Zellner**

Wenn die Bundeskanzlerin dieser Tage darauf drängt, dass „wir Europäer [...] unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen“ müssen,<sup>1</sup> bringt sie damit vor allem eine fundamentale Veränderung der globalen Lage auf den Punkt: Wir erleben derzeit den spektakulären Rückzug der USA aus multilateralen Regimen. Dieser Rückzug war zwar schon seit Längerem angelegt, er hat sich aber seit dem Machtantritt von Donald Trump massiv beschleunigt.

Den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung markierte das G7-Treffen im sizilianischen Taormina, wo es aufgrund der Position des neuen US-Präsidenten das Pariser Klimaabkommen nicht einmal mehr in das Abschlusskommuniqué schaffte – und der Kampf gegen den Protektionismus nur noch gerade so. Der anschließende tatsächliche Ausstieg von Donald Trump aus dem Klimaabkommen war denn auch nur folgerichtig. „Da waren es nur noch sechs“, lautete denn auch treffenderweise eine Überschrift in der FAZ.<sup>2</sup> Von einem Eintreten der US-amerikanischen Führung für eine wie auch immer geartete Weltordnung ist heute nichts mehr zu spüren, stattdessen regiert engste Interessenpolitik. Dies aber droht den ohnehin herrschenden Trend hin zu einer fortschreitenden Renationalisierung und Bilateralisierung der internationalen Politik weiter zu verstärken.

Der Rückzug der USA aus den internationalen Institutionen und Vereinbarungen wird bisher nur teilweise durch Staaten wie China und Indien kompensiert.<sup>3</sup> Zusammengenommen führt dies zu erheblichen globalen Governance-Defiziten, die für die derzeitigen Turbulenzen mitverantwortlich sind.

Die Europäische Union bleibt in vielen Bereichen globalen Regierens unverzichtbar, sie ist aber bis heute aufgrund ihrer eigenen Struktur- und Konstruktionsprobleme (fehlende Leitungsebene und akute Legitimationskrise) ein unsicherer Kandidat. Umso bedeutender werden daher halbinformelle Formate wie die G7, G8 oder G20. Speziell angesichts des Debakels

\* Dieser Beitrag stellt die überarbeitete und leicht erweiterte Fassung eines Vortrags dar, den der Verfasser auf der Tagung der Herausgeberinnen und Herausgeber der „Blätter“ am 21.4.2017 gehalten hat.

1 Zit. nach Majid Sattar, Da waren es nur noch sechs, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 29.5.2017.

2 Ebd.

3 Vgl. Amrita Narlikar, Introduction. Negotiating the rise of new powers, in: „International Affairs“, 3/2013, S. 561-576, insb. S. 576.

von Taormina kommt dem Hamburger G20-Gipfel vom 7. bis 8. Juli besondere Bedeutung zu.

Wichtig bleibt festzuhalten, dass angesichts des Rückzugs der USA eine Beteiligung der BRIC-Staaten und dabei insbesondere Chinas am globalen Regieren unabdingbar ist. Damit kann aber – und das ist die harte realpolitische Konsequenz – die Existenz einer demokratischen Regierungsform nicht länger Voraussetzung und Kriterium für die Beteiligung an globalen Regierungsstrukturen sein. Ausschlaggebend sind vielmehr ausreichende und nachhaltige Beiträge für eine globale Governance. Wie auch immer diese definiert sein mögen, Rechtsstaatlichkeit sollte dazugehören.

Die substanzielle Schwächung des Multilateralismus durch den Rückzug, wenn nicht gar Ausfall der USA ist jedoch nur eines von zahlreichen großen Krisenphänomenen in der internationalen Politik. Das Spezifikum der neuen Lage: Die heutigen Krisen treten kaum noch als Einzelkrise auf (exemplarisch dafür etwa „die“ Kubakrise), sondern als „Multi-Krise“ von vielfach auf komplexe Weise miteinander verbundenen Konflikten. Viele Einzelkrisen „bilden demnach ineinander übergehende Teilstücke einer großen Krisenlandschaft“<sup>4</sup> und sind kaum noch im klassischen Sinne zu „lösen“, sondern allenfalls einzudämmen und zu kanalisieren. Dafür bedarf es eines vertieften Verständnisses übergeordneter Zusammenhänge zwischen teilweise geographisch und sachlich weit auseinanderliegenden Einzelphänomenen, wofür die meisten politischen und wissenschaftlichen Akteure aufgrund ihres hohen Spezialisierungsgrades und der damit einhergehenden Vernachlässigung darüber hinausgehender Entwicklungen schlecht gerüstet sind.

Im Folgenden sollen, nach der Krise des Multilateralismus, fünf weitere zentrale außen- und sicherheitspolitische Brennpunkte bzw. Krisenkonstellationen kurz angerissen werden. Sie sind, um die internationale Krisenlandschaft auszuleuchten, eher illustrativ gewählt, also ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit (auch kann in diesem Rahmen nicht auf ihre Entstehungsbedingungen eingegangen werden).

### **Der größte Gefahrenherd: Asien – Nordkorea**

Aktuell geht die wohl größte Gefahr vom Konflikt um Nordkorea aus. Dabei ist die Gefahr eines begrenzten Atomkriegs nicht mehr ganz von der Hand zu weisen. Nordkorea entwickelt immer kleinere Nuklearsprengköpfe sowie Raketen, die inzwischen auch das Territorium der USA erreichen können. Vor diesem Hintergrund äußerte US-Außenminister Tillerson während eines Besuchs in Südkorea im März 2017, ein Militärschlag gegen Nordkorea läge als eine „Option auf dem Tisch“.<sup>5</sup> Umgekehrt drohte Nordkorea mit einem „gewaltigen Präventivschlag“, der das amerikanische Festland „zu Asche

4 Volker Perthes, Einleitung: Navigieren durch Krisenlandschaften, in: Volker Perthes (Hg.), „Krisenlandschaften“. Konfliktkonstellationen und Problemkomplexe internationaler Politik. Ausblick 2017, Berlin 2017, S. 5.

5 US-Außenminister Tillerson in Asien. Neue Eskalation zwischen USA und Nordkorea, in: „Süddeutsche Zeitung“, 17.3.2017.

verwandeln“<sup>6</sup> werde. Doch so brandgefährlich dieser Konflikt ist – und der Tod des US-Studenten Otto Warmbier nach nordkoreanischer Haft hat ihn noch zusätzlich verschärft –, so eröffnet er auch neue Möglichkeiten, ja fast den Zwang zur Kooperation zwischen den USA und China.

Zudem gibt es zusätzlich jede Menge anderer Konflikte in Asien: Territorialkonflikte (Inseln im Südchinesischen Meer), Hegemonialkonflikte (zwischen China und Indien) und den Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Dabei existieren in Asien nur vergleichsweise gering ausgeprägte multilaterale Strukturen, und diese sind im Bereich der Sicherheit besonders schwach. Sicherheitsfragen sind derzeit vielfach multilateral nicht thematisierbar. Von Europa aus gibt es nur marginale Einwirkungsmöglichkeiten auf diese Konflikte, daher ist es ratsam, sich dort herauszuhalten.

### **Naher und Mittlerer Osten: Ein neuer Dreißigjähriger Krieg?**

Ein weiterer Brennpunkt sind die komplexen Transformations- und Anpassungskonflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie in der Sahelzone. Manche bezeichnen sie bereits als neuen Dreißigjährigen Krieg, doch vielleicht werden sie sogar noch länger dauern. Der Krieg in Syrien ist trotz der Erfolge gegen den „Islamischen Staat“ beileibe nicht beendet. In Afghanistan herrscht schon über eine Generation Krieg und echte Lösungen sind bis heute nicht in Sicht. Und infolge der „Katar-Krise“, der massiven Blockade Katars durch Saudi-Arabien, Ägypten, die Arabischen Emirate und zahlreiche weitere Staaten, erscheint sogar ein die gesamte Region ergreifender Konflikt denkbar, in dessen Mittelpunkt die Auseinandersetzung zwischen Saudi-Arabien und Iran stünde, bei möglicher Einbeziehung der jeweiligen Alliierten, USA und Russland.

Faktisch wird in der gesamten Region immer nur an Partillösungen oder punktuellen Abschwächungen gearbeitet, jedoch nicht an einer Lösung des Gesamtkonflikts. Das Gros der militärischen Interventionen von außen war, um es milde auszudrücken, kontraproduktiv und hat weitere Konflikte hervorgebracht, so etwa maßgeblich zur Entstehung des sogenannten Islamischen Staates beigetragen. Diplomatisches Einwirken mit dem Ziel einer Abschwächung oder Milderung des Konfliktes ist hingegen außerordentlich notwendig. Das gilt umso mehr, als für die EU ein negatives asymmetrisches Verhältnis besteht – zwischen ihren geringen Einwirkungsmöglichkeiten auf diese Konflikte und deren wachsenden Auswirkungen auf Europa. Das wiederum führt zu Dilemmata, wie sie bei dem Flüchtlingsabkommen mit der Türkei bestehen: Die EU ist gezwungen, mit Regimen zusammenzuarbeiten, mit denen man dies unter anderen Umständen gern vermeiden würde. Generell ist festzuhalten, dass immer mehr dieser Konflikte „malign“, also bösartig sind. Sie lassen sich nicht einfach einer Lösung zuführen, sondern sind als Dilemma-Konflikte zu beschreiben, für die es keine kurz- oder mittelfris-

6 Nordkorea droht mit „gewaltigem Präventivschlag“, in: FAZ, 20.4.2017.

tigen Lösungen im Sinne einer friedlichen Konflikttransformation gibt. Konflikte dieser Art können nur äußerst langsam eingeehrt werden, sind schnell wieder entzündbar und benötigen sehr viel Aufmerksamkeit und Geduld.

### Rüstungskontrolle unter Druck

Eine wichtige Konsequenz eines schwächer werdenden Multilateralismus ist die unsichere Zukunft der globalen und regionalen Rüstungskontrollregime. Weitgehend unklar ist das Schicksal des amerikanisch-russischen „New START“-Abkommens, das die strategischen Nuklearwaffen Russlands und der USA regelt und bisher ein stabilisierender Faktor im Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten war. Donald Trump kritisierte das Abkommen im Februar 2017 als „schlechten Deal“<sup>7</sup> für die USA. Und im April bezeichnete US-Außenminister Rex Tillerson das Iranabkommen, das unter größten Mühen ausgehandelt wurde, als „schlechtesten Deal aller Zeiten“,<sup>8</sup> was ebenfalls in eine fatale Richtung weist.

All dies sind schwere Schläge auf den ohnehin schon schwächeren Nichtverbreitungsvertrag (NVV), der im Kern vorsieht, dass die Atommächte abrüsten und die anderen Staaten keine Atomwaffen anstreben. Dieses Gleichgewicht von Verpflichtungen gerät immer stärker unter Druck, wenn eine NVV-Überprüfungskonferenz nach der anderen mit unzureichenden Ergebnissen schließt. Die USA kümmern sich auch weniger als früher um den NVV, obwohl dieser ursprünglich auf eine amerikanische Initiative zurückgeht. Auch hier wird ersichtlich, wie stark die US-Regierung sich ihrer globalen Verantwortung entzieht, selbst bei Anliegen, die ihr vor Jahrzehnten als zentrale Instrumente für eine friedliche Weltordnung sehr wichtig waren.

Das alles führt tendenziell zu weiterer horizontaler nuklearer Proliferation: Es entstehen immer mehr Nuklearmächte, der Besitz von Atomwaffen verschränkt sich mit Regionalkonflikten wie dem zwischen Indien und Pakistan oder dem Konflikt um Nordkorea – mit unabsehbaren, aber hoch gefährlichen Konsequenzen. Hinzugefügt werden muss, dass auch das europäische Rüstungskontrollregime, auf das die Europäer in den frühen 1990er Jahren eminent stolz waren und das als Vorzeigebispiel für erfolgreiche Rüstungskontrolle galt, inzwischen schwer unter Druck geraten ist. Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), der die Großwaffensysteme in dem Gebiet zwischen Atlantik und Ural reguliert, ist nach der Suspendierung durch Russland 2007 politisch tot. Das Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in der letzten Fassung von 2011 benötigt dringend eine Reform. Diese aber ist blockiert, weil Russland in Abwesenheit größerer Abrüstungsschritte Gespräche über Transparenz ablehnt. Und auch das dritte Element, der Vertrag über den Offenen Himmel,

7 Vgl. Jonathan Landay und David Rohde, In call with Putin, Trump denounced Obama-era nuclear arms treaty-sources, [www.reuters.com](http://www.reuters.com), 9.2.2017.

8 Vgl. Lesley Wroughton, Tillerson accuses Iran of ‚alarming provocation‘ as U.S. reviews policy, [www.reuters.com](http://www.reuters.com), 20.4.2017.

befindet sich angesichts wechselseitiger Anschuldigungen über Vertragsverletzungen in einer ungünstigen Lage.

In dieser schwierigen Situation war die Steinmeier-Initiative vom August 2016<sup>9</sup> eminent wichtig. Sie beinhaltet im Grunde nichts anderes als die Bekräftigung, dass konventionelle Rüstungskontrolle nach wie vor von großer Bedeutung ist. So richtig diese Initiative ist, so gewagt war sie doch angesichts der geringen Chancen ihrer Realisierung. Aber immerhin gelang es mit ihrer Hilfe, in der OSZE einen „strukturierten Dialog“ über sicherheitspolitische Fragen anzustoßen.

### **De facto gescheitert – das Minsker Abkommen**

Wie wichtig der OSZE-Dialog ist, sieht man am fünften Krisenfeld, dem, gelinde gesagt, angespannten Verhältnis des Westens, und speziell der EU, gegenüber Russland. Auf die Ukraine zugespitzt, kann man attestieren: Das Abkommen von Minsk ist de facto gescheitert, zumindest in seinem politischen Teil. Das wird offiziell zwar noch nicht zugegeben, denn niemand hat Interesse daran, das *Blame Game* zu eröffnen und damit selbst in Erklärungsnot zu kommen. Doch nach der ukrainischen Wirtschaftsblockade vom März gegen die zwei „bestimmten Regionen der Oblaste Donezk und Luhansk“, wie die beiden Separatisten-Entitäten im Osten des Landes offiziell bezeichnet werden, und der darauffolgenden Konfiszierung ukrainischer Besitztümer wie Fabriken usw. durch die Führungen dieser Entitäten erscheint eine Umsetzung der politischen Punkte des Minsker Abkommens, also Wahlen und Autonomie, nicht mehr möglich. Zwar könnte der Waffenstillstand bewahrt werden, aber die politische Substanz von Minsk – die den eigentlichen Kern des Abkommens ausmacht – lässt sich unter diesen Bedingungen kaum noch aufrechterhalten.

Das macht es für die EU noch schwieriger, das Verhältnis zu Russland zu verbessern und gegebenenfalls die Sanktionen aufzuheben. Insgesamt führt dies nicht nur zu einer „Versicherheitlichung“, sondern auch zu einer deutlichen Remilitarisierung der Beziehungen. Vor einem halben Jahr sprach man noch lediglich von einer Heraufsetzung der Bereitschaftsgrade vorhandener Streitkräfte,<sup>10</sup> aber mittlerweile sind deutliche Tendenzen einer begrenzten Aufrüstung zu verzeichnen. Zusätzlich wird die Situation dadurch erschwert, dass Russland in einer Reihe von EU-Staaten immer unverblümter politisch interveniert und ganz offen auf die Schwächung der EU setzt.

Ein kleiner Fortschritt wurde insofern erreicht, als sich die OSZE-Staaten zu einem „strukturierten Dialog“ durchgerungen haben. Im letzten Jahr gab es noch eine große Gruppe innerhalb der westlichen Staaten, die jeden über die Ukraine hinausgehenden sicherheitspolitischen Dialog mit Russland

9 Vgl. Frank-Walter Steinmeier, Mehr Sicherheit für alle in Europa – Für einen Neustart der Rüstungskontrolle, in: FAZ, 26.8.2016.

10 Vgl. Wolfgang Zellner, Irina Chernykh, Alain Déléroz, Frank Evers, Barbara Kunz, Christian Nünlist, Philip Remler, Oleksiy Semeniuk, Andrei Zagoriski, European Security – Challenges at the Societal Level, OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions, www.osce-network.net, S. 19.

ablehnten, solange Minsk nicht implementiert war. Diese Position ist inzwischen weitgehend vom Tisch. Zu dieser Öffnung hat die Steinmeier-Initiative wesentlich beigetragen. Der deutsche Vorstoß in Richtung Rüstungskontrolle ging den USA zu weit, weshalb sie ihn mit dem Vorschlag eines „strukturierten Dialogs“ abzubremsen suchten. Doch gelang es letztendlich, beide Positionen zu verbinden, Ergebnis ist nun ein sicherheitspolitischer Dialog inklusive Rüstungskontrolle auf der Grundlage eines Beschlusses des Hamburger OSZE-Ministerratstreffens vom Dezember 2016.<sup>11</sup> Dafür wurde bei der OSZE eine informelle Arbeitsgruppe unter Leitung des deutschen OSZE-Botschafters eingerichtet, die mittlerweile mit einer Debatte über Bedrohungsperzeptionen ihre Arbeit aufgenommen hat.

Grundsätzlich sind bei der europäischen Sicherheitspolitik zwei Aspekte von Bedeutung. Erstens besteht bereits seit Längerem – und ungeachtet der Rhetorik der Trump-Regierung – die Tendenz, dass sich die USA aus den europäischen Angelegenheiten zurückziehen und ihren Hauptfokus mehr auf den asiatischen Raum richten; und mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich daran auch in Zukunft und unter anderer US-Präsidentschaft nichts ändern. Das aber heißt, dass die europäischen Angelegenheiten – ganz im Sinne der Merckelschen Forderung – zwangsläufig wieder mehr zur Sache der Europäer werden. Zweitens besteht der Kern der Sicherheitsprobleme in Europa weder im Ukraine Konflikt noch in einem Wettrüsten, sondern in der tiefgehenden Uneinigkeit zwischen Russland und dem Westen über die Grundzüge der europäischen Ordnung. Leider wird diese zentrale Frage bisher noch kaum diskutiert. Eine Initiative, die das ändern will, wurde im vergangenen Jahr von einer Arbeitsgruppe des „OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions“ gestartet, die mit einer Debatte über europäische Sicherheitsordnungen begann.<sup>12</sup>

### **Worst Case: Die Auflösung der EU**

Alle diese Überlegungen basieren jedoch auf einer Grundannahme: dem Fortbestand der Europäischen Union. Allerdings befindet sich auch diese in einer fundamentalen Krise. Selbst der Worst Case, die Auflösung der Europäischen Union, scheint heute nicht mehr völlig undenkbar zu sein – und zwar trotz der Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich, bei denen ein Sieg der EU-feindlichen Rechtspopulisten erfolgreich verhindert werden konnte. Gerade wenn man den Worst Case abwenden will, muss man ihn denken, auch wenn einem das intuitiv widerstrebt. Die sicherheitspolitischen Auswirkungen einer EU-Auflösung sind unabsehbar. Klar ist jedoch, dass bereits heute die Schwächung der EU zu erheblichen sicherheitspolitischen Auswirkungen führt. Das ist schon im unmittelbaren Vorfeld der EU, nämlich in Südosteuropa, zu besichtigen. Der zunehmende russische Druck auf Ser-

11 Vgl. OSZE, Ministerrat Hamburg 2016, Von Lissabon bis Hamburg. Erklärung zum 20. Jahrestag des Rahmens für Rüstungskontrolle der OSZE, 9.12.2016, (MC.DOC/4/16/Corr.1), [www.osce.org](http://www.osce.org).

12 Vgl. Zellner u.a., a.a.O.

bien, ein dubioser Putschversuch in Montenegro mit mutmaßlicher russischer Involvierung und die schwierige Regierungsbildung in Mazedonien zeigen, dass die Binde- und Integrationskraft der Europäischen Union, die ihren südosteuropäischen Assoziierungspartnern keine glaubwürdige Beitrittsperspektive mehr anbieten kann, abnimmt und damit ihre Fähigkeit, Konflikte zu lösen oder wenigstens einzudämmen.

Eine Auflösung oder zumindest weitere Schwächung der EU hätte auch fragmentierende Auswirkungen auf die Nato (wie es bereits im angespannten Verhältnis der EU und speziell Deutschlands gegenüber der Türkei deutlich wird). Sie würde zudem den Spielraum für ein bilaterales Einwirken Russlands erhöhen. Ähnliches gilt übrigens für China, das wesentlich mehr auf (Süd-)Osteuropa einwirkt, als in der Öffentlichkeit bisher wahrgenommen wird. Der Worst Case würde auch einen substanziellen Schub zugunsten eines neuen Bilateralismus und einer Wiederkehr des Denkens in Kräftegleichgewichten auslösen. Dabei würde fast zwangsläufig ein kleineres Bündnissystem um Deutschland herum entstehen, das die notwendigen Gegenreaktionen hervorrufen würde. Letztlich kann man nur zu einem Schluss kommen: „Wer glaubt, dass sich die ewige Frage von Krieg und Frieden in Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren. Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur.“<sup>13</sup> Dieses Diktum Jean-Claude Junckers von 2013 ist heute vermutlich noch aktueller als damals.

### Was tun?

Was aber kann die Politik gegen diese hochkomplexe Konfliktlandschaft tun? Die richtige Strategie wäre, in möglichst vielen Einzelfeldern negative Entwicklungen zum Stoppen zu bringen oder zumindest zu verlangsamen. Es gilt, Konflikte zu isolieren, einzuhegen und zu verhindern, dass sich verschiedene Konfliktpotentiale verbinden und auf diese Weise potenzieren. Das verspricht keine durchgreifenden und schon gar keine raschen Lösungen, aber eine gewisse Beruhigung der Konfliktlandschaft, wie dies etwa heute, knapp zwei Jahre nach Beginn der Krise, beim Flüchtlingsthema zu beobachten ist. Wichtig ist, gerade dann präventiv zu investieren, wenn es (noch) nicht brennt. Wenn einzelne Krisen nicht gelöst, sondern nur eingedämmt werden können, ist es umso wichtiger, die politische, soziale, wirtschaftliche und auch physische Resilienz von Gesellschaften zu stärken. Ein solches Vorgehen kann sich Widersprüche und Gegenbewegungen zu Nutze machen, die allenthalben zu beobachten sind. Ein gutes Beispiel ist die Situation in Nordkorea, die inzwischen so zugespitzt ist, dass sie die USA, Russland und vor allem China zu gewissen kooperativen Schritten bringen, ja sogar zwingen könnte. Eine andere positive Beobachtung ist, dass Populismus à la Trump in Europa nicht überall goutiert wird und einheimische populistische Kräfte damit teils in Schwierigkeiten bringt. So hat etwa die

13 Juncker spricht von Kriegsgefahr in Europa, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 10.3.2013.

AfD den Sieg Trumps begrüßt, was offensichtlich einigen ihrer Wähler missfällt und damit die Chancen der Partei bei den kommenden Bundestagswahlen schmälert.

Zudem bezieht nicht jede Regierung oder Bewegung, die derzeit als populistisch abgeheftet wird, automatisch Anti-EU-Positionen. Ein schönes Beispiel dafür ist Polen. Wie die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło unlängst schrieb, sei die polnische Regierung grundsätzlich für die EU, sähe aber an einigen Punkten Diskussionsbedarf: „Polen glaubt an eine Europäische Union, die imstande ist, sich zu reformieren, um den Bedürfnissen der Länder und Nationen noch besser gerecht zu werden.“<sup>14</sup> Ein ähnliches Phänomen war auch in Italien in der Reaktion auf das Brexit-Referendum zu beobachten, als sich die Lega Nord plötzlich unerwartet reserviert gegenüber einem EU-Austritt Italiens positionierte. Diese Tendenz einer Differenzierung wird durch die Wahlergebnisse in Frankreich und den Niederlanden sicher weiter befördert werden. All dies sind Anzeichen dafür, dass unter forcierten Krisenbedingungen selbst die vermeintlich hartleibigsten Problemverursacher zu einem Teil der Lösung werden können. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Auseinandersetzung mit den aktuellen globalen Krisen- und Konfliktkonstellationen viel schwieriger und langwieriger sein wird, als es das bisherige konventionelle Krisenverständnis nahegelegt hat. Schnelle Lösungen sind heute leider nirgendwo in Sicht.

14 Beata Szydło, Wir wollen eine einige Europäische Union, in: FAZ, 21.4.2017.

Anzeige

*NEU!*



**Friedensgutachten  
2017**

Leibniz-Institut Heise-Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)  
Bonn International Center for Conversion (BICC)  
Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)  
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)  
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg (IFSH)

LIT

**Friedensgutachten 2017**

herausgegeben von Bruno Schoch,  
Andreas Heinemann-Grüder, Corinna  
Hauswedell, Jochen Hippler, Margret  
Johannsen

306 S., 12,90 €, br.,  
ISBN 978-3-643-13758-6

**LIT** Verlag Berlin – Münster – Wien – Zürich – London